

Interview für Sunt Förnuft
Schwedische Steuerzahlerzeitung
“Lassen Sie uns über die Steuerpolitik der EU reden“
Michael, Jäger, TAE Generalsekretär
30. Januar 2023

Was sind die wichtigsten Anzeichen, die Sie in den letzten Jahren gesehen haben, dass starke Kräfte innerhalb der EU der EU ein eigenes Steuerrecht geben wollen?

Schon lange gibt es von der EU-Kommission Bestrebungen, ihre Kompetenzen auszuweiten, und insbesondere Versuche, so genannte „eigene Mittel“ zu erheben, was nichts anderes bedeutet, als neue Steuern einzuführen oder auf bestehende Steuern einen EU-Aufschlag zu erheben. Gleichzeitig wollte die EU-Kommission schon immer mehr Mittel haben, um mehr Geld ausgeben und ihre politischen Ideen umsetzen zu können. Neben mehr eigenen Mitteln wollte die EU auch die Erlaubnis, EU-Schulden machen zu dürfen, um so das EU-Budget weiter erhöhen zu können. Wir vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) konnten das über Jahrzehnte durch unsere Lobbyarbeit und durch die Einstimmigkeit bei wichtigen EU-Themen verhindern. Die Ausnahmesituation der Corona-Pandemie wurde dann aber dazu missbraucht, um einerseits EU-Schulden zu ermöglichen und andererseits eigene und neue Steuern auf EU-Ebene einzuführen. Zudem lässt die EU-Kommission nichts unversucht, direkte Steuern - wie die Unternehmenssteuern - zu harmonisieren. Dies alles ist aus unserer Sicht eine schlechte und gefährliche Entwicklung. Es drohen damit eine ausufernde Verschuldung, höhere Steuern und ein Verlust von Freiheit sowie mehr Zentralisierung, also Verschiebung von nationalen Kompetenzen nach Brüssel.

Könnte der Mindestkörperschaftssteuersatz von 15 Prozent ein erster Schritt in eine solche Entwicklung sein?

Die Mindeststeuer in Höhe von 15% ist wahrscheinlich nur ein erster Schritt und wird auch nicht der letzte sein. Denn damit ist ein Einfallstor für eine weitere Erhöhung von Steuern, mehr Regelungen und mehr Umverteilung sowie weniger Marktwirtschaft geschaffen worden. Es droht uns Steuerzahlern ein Steuerkartell, dem wir fast schon ohnmächtig ausgeliefert sind.

Warum, glauben Sie, will die Europäische Kommission das Recht erhalten, eigene Steuern zu erheben? Ist der Corona-Fonds in Höhe von 750 Milliarden Euro der Anfang einer viel expansiveren Finanzpolitik?

Uns wurde von der EU-Politik versprochen, dass die 750 Mrd. Euro EU-Schulden für das Programm „Next Generation“ die Ausnahme bleiben und es sich um etwas Einmaliges handelt, um die Folgen der Corona-Krise gezielt zu bekämpfen. In Wirklichkeit hat man aber die Steuerzahler für dumm verkauft, denn wenn man sieht, was jetzt alles aus diesem Topf finanziert wird, sieht man ganz deutlich, dass es eben nicht nur um die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie geht. Es mehren sich zudem die Stimmen, sowohl im EU-Parlament als auch in der EU-Kommission, die diesen Topf gerne zur Dauereinrichtung machen wollen und sogar massiv ausweiten möchten. Man sollte deshalb genau hinhören und die Summen zusammenzählen, was denn so EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

an weiteren Ausgaben vorschwebt. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Die Bekämpfung des Klimawandels, die Digitalisierung, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, speziell die von jungen Menschen, ein fairer Wettbewerb, Flüchtlingshilfen und eine Koordination von Asyl, Energiesicherheit, eine gemeinsame EU-Verteidigung, usw. sind alles wichtige Themen, aber man hört hier nichts von mehr Effizienz der Verwaltung, Entlastungen der Bürger und Unternehmen, Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips oder dem Erhalt und die Ausweitung der Marktwirtschaft. Die EU will scheinbar alles für uns regeln, bevorzugt durch Ausgaben und Umverteilung. Das bedeutet, wir reden hier nicht mehr von Milliarden, sondern in Wirklichkeit von Billionen für die EU! Dies alles wird immer verknüpft mit mehr Regelungskompetenzen für die EU. Allein in diesem Jahr sind es neue 43 Vorhaben, oder wie es die EU-Kommission nett umschreibt „Initiativen“.

Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden, um diese Entwicklung zu stoppen? Was kann Schweden jetzt, während der Präsidentschaft, tun?

Als erstes brauchen wir eine Atempause, also nicht mehr oder neue Regelungen oder höhere Steuern, sondern einfach einen Stopp. Denn Corona hat viele Unternehmen und Menschen bereits an den Rand ihrer Existenz gebracht: Jetzt kommen noch die Auswirkungen des Ukrainekrieges, eine EU-weite Rezession und steigende Inflation mit höheren Zinsen hinzu. Wir brauchen also nicht mehr, sondern weniger Bürokratie, mehr Effizienz öffentlicher Ausgaben und gleichzeitig marktwirtschaftliche Lösungen, gerade auch im Bereich der Energiepolitik und Energieversorgungssicherheit. Lösungen, die am Markt vorbei gehen, schaden in der Regel mehr, als sie nutzen. Da könnten wir Deutschen sicher viel von Euch Schweden lernen.

Könnte eine solche Entwicklung auf lange Sicht die Existenz der EU sogar bedrohen, weil Länder mit funktionierender Wirtschaft es leid sind, Länder zu finanzieren, die ihre Wirtschaft nicht reformieren wollen? Könnten weitere Länder in die Fußstapfen des BREXIT treten, wenn die EU supranationaler wird?

Diese Gefahr besteht und wird durch falsche Politik nur noch größer. Die EU-Verträge sehen es übrigens nicht vor, dass Staaten für andere Staaten deren Schulden übernehmen müssen. Es gilt ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zum Prinzip der Subsidiarität. Das wird leider mehr und mehr gebrochen.

Was glauben Sie, wie sehr sind sich die EU-Politiker im Allgemeinen bewusst, dass es sich um das Geld der EU-Steuerzahler handelt, mit dem sie umgehen?

Wenn man sieht, was jetzt in den letzten gut zwei Jahren passiert ist, kann man durchaus zu dem Schluss kommen, dass hier ganz bewusst von Seiten der EU agiert wird. Frei nach Winston Churchill könnte man sagen: „Never miss a good crisis.“ Um möglichen Widerstand zu senken, soll zudem die Einstimmigkeit bei wichtigen EU-Entscheidungen abgeschafft werden. „Ein Schuft, wer Böses dabei denkt!“

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, die die EU im Bereich der Besteuerung ergreifen sollte?

Es muss immer darum gehen, dass Steuern fair und gerecht sind. Auch wir vom Steuerzahlerbund sind für einen fairen Steuerwettbewerb. Jeder sollte die Steuern zahlen, zu deren Zahlung er eigentlich verpflichtet ist. Dabei spielen die Höhe und der Ort der Zahlung nur eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist für die Politik zu erkennen, dass Steuern immer auch ein wichtiger Standortfaktor sind. Wenn man also Steuern harmonisiert und für Länder dadurch erhöht, verlieren diese so genannten „EU-Niedrig-Steuer-Länder“, wie beispielsweise Bulgarien, Irland, Malta

oder Zypern, um nur einige zu nennen, einen wichtigen Standortvorteil. Weil zudem die EU-Kommission auch noch die Höhe der Löhne in der EU einheitlich regeln möchte, verlieren diese Länder dann einen weiteren bedeutenden Standortvorteil. Steuerwettbewerb ist nicht per se schlecht. Er führt zu einem Reformdruck, national attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investitionen zu schaffen und effizient mit den vorhandenen Steuergeldern umzugehen.

Wichtig wäre es für die Politik zu erkennen, dass die Grenze der Steuerbelastung nicht immer weiter zu Ungunsten der Steuerzahler nach oben verschoben werden darf.

Steuern sollten auch nicht als Lenkungssteuern missbraucht werden. Sie dienen der Finanzierung öffentlicher Haushalte und öffentlicher Ausgaben. Öffentliche Mittel sollten dabei immer so effizient wie möglich eingesetzt werden.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen, die die EU im Bereich der Besteuerung ergreifen sollte?

Es handelt sich hier um einen schleichenden Prozess. Die EU-Kommission hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder Anläufe genommen, eigene Steuern einzuführen oder einen EU-Aufschlag auf bestehende Steuern zu erheben. Wenn Kommissionpräsidentin von der Leyen also von mehr oder einer Verbesserung der EU-Eigenmittel spricht, dann geht es in Wirklichkeit um eine höhere Steuerbelastung. Bis zur Corona-Pandemie gab es dafür keine Mehrheit, auch keine, das Prinzip der Einstimmigkeit abzuschaffen.

Mit Corona kam es zu einem Paradigmenwechsel, also der Erlaubnis zur EU-Verschuldung und zu einer Einführung einer EU-Steuer. Damit ist die Büchse der Pandora geöffnet worden. Mit dem BREXIT haben sich zudem die politischen Mehrheiten verschoben. Die Balance der Nord- und Südländer gibt es nicht mehr. Aus diesem Grund lehnen wir eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen und die Abschaffung der Einstimmigkeit in wichtigen EU-Fragen ab. Die Einstimmigkeit - das Vetorecht - schützt Länder wie Schweden und Deutschland davor, Schulden für andere EU-Länder übernehmen zu müssen, ohne es selbst entscheiden zu können. Stellen sie sich vor, sie gehen in ein Restaurant und die Mehrheit der anwesenden Gäste entscheidet dann, wer für alle die Rechnung zu zahlen hat, egal was sie selbst bestellt haben. Ein nicht wirklich angenehmer Gedanke, oder?

Welche Rolle könnte der europäische Steuerzahlerbund, die Taxpayers Association of Europe (TAE), spielen, um die EU in die richtige Richtung zu bewegen?

Wir werden uns in Brüssel noch mehr zu Wort melden. Wir werden unser Monitoring und unser Netzwerk weiter ausbauen. Dazu zählt auch, dass wir mehr Transparenz schaffen. Wir wollen unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit frühzeitiger über Entwicklungen und politische Vorhaben der EU informieren. Nur so können wir rechtzeitig Fehlentwicklungen gegensteuern. Hier haben die nationalen Steuerzahlerorganisationen eine wichtige Aufgabe, denn viele EU-Themen werden in den nationalen Parlamenten zu schnell durchgewunken. Wir brauchen mehr demokratische Kontrolle und mehr Beteiligung bei der Entscheidungsfindung. Wir wollen die Kompetenz unserer Steuerzahlerorganisationen besser nutzen und einbinden. Deshalb werden wir zu verschiedenen Themenbereichen Arbeitsgruppen bilden, in denen wir Probleme und Lösungsvorschläge erarbeiten, um diese dann an die EU heranzutragen. Noch nie waren Steuerzahlerorganisationen so wichtig wie heute! Wer sonst setzt sich für die Interessen der Steuerzahler ein, ob national oder auf EU-Ebene? Gemeinsam können wir viel erreichen: Gemeinsam sind wir stark! Wir setzen uns für nachhaltige Reformen der EU ein. Mehr Europa dort, wo es nötig ist, zum Beispiel im Bereich der Verteidigung, Flüchtlingspolitik oder Forschung und

Entwicklung. Und weniger Europa, dort wo es möglich ist, also Bürokratie abbauen, wieder mehr nationale Eigenverantwortung. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Werte der Gründerväter der EU, damit auch künftige Generationen in Frieden und Wohlstand leben können.

Brüssel/München, 30. 2023

Rückfragen:

Taxpayers Association of Europe (TAE)

Michael Jaeger, Generalsekretär, Phone: +49 89 126008 20

Dr. Horst Heitz, Büroleiter Brüssel, Phone: + 49 163 8035747

Email Michael.Jaeger@taxpayers-europe.org

Büro München

Nymphenburger Str. 118

D-80636 München

Web www.taxpayers-europe.org

Büro Brüssel

Rue Du Pascale 22

B-1040 Brüssel